



Ausgesteckt: Staatsanwaltschaft ermittelt, ob Strom zu teuer war.

Zu hoher Strompreis: Anzeige erstattet

Hat die Steweg-Steg ihren Kunden um 11,8 Millionen zu viel verrechnet? Ein Stromkunde erstattete Anzeige. Untersuchung läuft.

Mit einer Betrugsanzeige gegen Manager der Steweg-Steg beschäftigt sich derzeit die Grazer Staatsanwaltschaft. Denn der Krieglacher Stromkunde Ferdinand Hörmann erstattete mit Unterstützung der KPÖ Anzeige. Er wirft der Stromgesellschaft versteckte und unangekündigte Preiserhöhungen vor. Der Stromkonzern schwindle seit dem Jahr 2000, meint er; vor allem sei damals die Miete für die Stromzähler doppelt verrechnet worden.

Der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg, dessen Partei die Rechtsanwaltskosten für die Formulierung der Anzeige übernommen hat, meint, „dass unserer Meinung nach die Steweg-Steg gewisse Strompreissenkungen, die ihr eigentlich vom Gesetzgeber aufgetragen waren, nicht

an die Kunden weitergegeben und sie sich dadurch einige Euro zurückbehalten hat“. Hörmann seien vor fünf Jahren 25 und im Jahr 2006 acht Euro zu viel verrechnet worden. Hochgerechnet auf alle Steweg-Kunden betrage der Schaden 11,8 Millionen Euro, so Murgg.

Für die „Steweg-Mutter“ Energie Steiermark (ESTAG) sind die Vorwürfe un gerechtfertigt. „Die Energie Steiermark gehört zu den bestgeprüften Unternehmen der Steiermark. Der Landesrechnungshof und der Bundesrechnungshof haben dieses Unternehmen untersucht. Diese Experten wären auf diese Missstände draufgekommen“, so ESTAG-Sprecher Urs Harnik.

Schützenhilfe bekommt Hörmann von der Arbeiterkammer (AK). Dort meint man dagegen, dass die Vorwürfe von der KPÖ schon etwas für sich haben, wenn auch ein Betrug kaum nachweisbar sein werde. Das letzte Wort hat damit die Staatsanwaltschaft.

KOMMENTAR

Deutscher Salat im steirischen Krankenhaus

Von KPÖ-LAbg. Renate Pacher



Wenn in steirischen Spitälern Fertigsalat aus Deutschland serviert wird, stimmt etwas nicht. Die Ursache dafür liegt in einer verfehlten Einkaufspolitik. Regionale Produkte werden oft zu wenig geschätzt. Dabei könnten in Österreich ca. 18.000 neue Arbeitsplätze entstehen, wenn nur 10% mehr regionale statt importierte landwirtschaftliche Produkte gekauft würden.

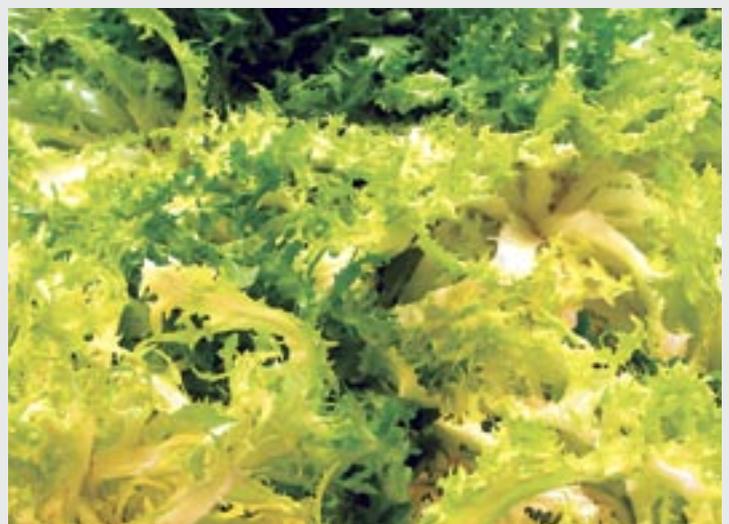
Dadurch würde auch dem „Bauernsterben“ entgegengewirkt. Von 1995 bis 2005 haben in der Steiermark beinahe 9.000 Bauernhöfe aufgehört zu existieren. Hingegen hat die Anzahl der Betriebe über 50 ha zugenommen. „Wachsen oder weichen“ ist auch in der Landwirtschaft Realität. Die EU schafft dafür die Rahmenbedingungen: Die „Großen“ werden gefördert, die „Kleinen“ zum Aufgeben gezwungen. EU-weit bekommen 20% der Betriebe satte 80% der Förderungen! Auch in Österreich bietet sich bei den Agrarförderungen ein ähnliches Bild.

Der Kauf regionaler Produkte durch die öffentliche Hand sollte selbstverständlich sein. Aber was

passiert wirklich? In den Spitalsküchen der KAGes wird fertig geschnittener Salat aus Deutschland verwendet. Die Qualität und Haltbarkeit sei höher und die Einkaufspreise günstiger als Vergleichbares aus Österreich, ließ Spitalslandesrat Helmut Hirt wissen. Die wahre Ursache liegt in den eingesparten Personalkosten. Das ist gut für das Budget der KAGes, aber gesellschaftlich gesehen ein Irrsinn.

Lange Transportwege sind eine Umweltbelastung und vermindern die Qualität – vom Lärm für die Anrainer der Autobahnen ganz zu schweigen. Und es wird in Kauf genommen, dass die Wertschöpfung, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland geschieht – zum Schaden für unsere regionalen Bauern.

Ein Umdenken ist gefragt. Deshalb hat die KPÖ im Landtag den Antrag gestellt, dass überall im Einfluss des Landes künftig regionale landwirtschaftliche Produkte angekauft werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein erster, kleiner Schritt ist getan. Nun gilt es, diesen Weg weiter zu gehen.



Im Spital: Salat aus der Steiermark statt aus Deutschland!